

Liebe Freundinnen und Freunde,

beginnen wir mit den Bemühungen von Stadt, IHK & Co das Problem der

Überlastung des städtischen Kessels mit LKW-Verkehr zu lösen:

Unterirdische Güterlogistik – so nicht!

Als Stuttgart21 noch nur ein Plan war, gab es Alternativen. Als der Bau begann und auch jetzt, wo das ursprüngliche S21 mehr oder weniger fertig ist, der Abriss des Gleisvorfelds sowie never ending Fortsetzungsprojekte drohen – immer gab und gibt es Alternativen. Und immer wurden die Alternativen der jeweiligen Entwicklung von Zerstörung und Bau“fortschritt“ angepasst.

Mit [Umstieg21+](#) liegt seit 2021 eine Alternative vor, die grundsätzlich ist, weil sie eine Art Plan B ist, auf den umgestiegen werden kann, auch wenn Tunnel und Tiefbahnhof fertiggestellt sein werden (oder würden). Ein klassisches Konversionsprojekt. Der Versuch, aus etwas Destruktivem, Gescheiterten etwas Sinnvolles, Zukunftsfähiges zu machen. Etwas, das fürderhin nicht nur einen Ausweg aus dem S21-Debakel bietet, sondern auch auf andere Weise einen Beitrag zur Verkehrswende leisten würde. Indem nämlich die Tunnelinfrastruktur für unterirdische Güterlogistik genutzt würde, könnten oberirdisch Verkehrsflächen für den Autoverkehr zurückgebaut und die Stadt menschengerechter werden.

Eine Lösung, die eigentlich in der Logistikbranche und beim Handel, namentlich bei der IHK, Begeisterung auslösen müsste. Aber die sitzen weiter alle mit den politischen Mehrheiten fest im Sattel des toten Pferds Stuttgart21 fest. Also begann die Suche nach anderen Lösungen für das immer drängendere Problem des städtischen Lieferverkehrs. Aus Mitteln, die eigentlich für Klimaschutz und Verkehrswende vorgesehen sind, wurden 290 000 € bereitgestellt, finanziert von der Stadt und zu 70% von Verkehrsminister Wissing, um die Möglichkeit unterirdischer Güterlogistik zu prüfen, natürlich ohne S21 anzutasten.

Die Befunde wurden am letzten Freitag (6.10.) von den vier Gutachtern im zuständigen Gemeinderatsausschuss vorgestellt. Dazu heißt es in der Pressemeldung des Aktionsbündnisses unter dem Betreff: „Unterirdische Güterlogistik – so nicht!“:



Schon im ersten Anlauf gescheitert

10. Oktober 2023

Erfreut zeigt sich das Aktionsbündnis über die Allparteien-Einigigkeit, dass ein weiteres Tunnelprojekt in Stuttgart, diesmal für unterirdische Güterlogistik, völlig abwegig ist. Das war jedenfalls die Bewertung nach der Präsentation einer von der Stadt beauftragten Machbarkeitsstudie, die am Freitag (6.10.) im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vorgestellt wurde. Bei allem Bemühen, den Erwartungen des Auftraggebers gerecht zu werden, kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass ein solches System nur unter sehr optimistischen Annahmen wirtschaftlich zu betreiben wäre. Vor allem würde mit zusätzlichen Tunneln und vielen erforderlichen LKW-Umwegfahrten zu dem zentralen „Urban HUB“ sogar noch höhere CO2-Belastungen die Klimabilanz der Stadt weiter verschlechtern.

Vorgeschlagen wird ein zentraler Umschlagplatz an der städtischen Peripherie auf dem Gelände des SVG Autohof Süd mit einem Flächenbedarf von 13 000 qm (zwei Fußballfelder). Von dort aus sollen per Tunnel mehrere innerstädtische „City-HUBs“ bedient werden, die in Parkhäusern, -garagen oder

auf freien Flächen wie dem Gelände vor der neuen Steuerberaterkammer oder am Neckartor eingerichtet werden sollen.

Für „mehr als befremdlich“ hält es Dr. Norbert Bongartz, Mitglied der Umstiegsgruppe des Aktionsbündnisses, dass Stadt und Bundesverkehrsministerium hohe Summen aus ihren Klimafonds für ein Gutachten ausgeben, obwohl schon auf den ersten Blick klar sein konnte, dass das Vorhaben klimapolitisch kontraproduktiv sein würde.

Einig weiß sich das Aktionsbündnis mit den Gutachtern, der Stadt und sogar der Logistikbranche, dass die Belastung der Stadt mit LKW-Verkehr nicht länger hinnehmbar ist. Unterirdische Güterlogistik kann dann eine Lösung sein, wenn nicht an anderer Stelle zusätzliche CO₂-Emissionen, vor allem durch Tunnelbau in Kauf genommen werden müssen. Genau eine solche Lösung ist in Stuttgart möglich, indem die S21-Tunnel für den vollautomatisierten Transport von Waren genutzt würden. Hierzu liegt seit 2018 eine Plausibilitätsstudie der Logistik- und BWL-Professoren Philip Precht und Matthias Wilde / Hochschule Coburg im Auftrag des Aktionsbündnisses vor. Sie bestätigte die Machbarkeit der Grundidee. Die Umstiegsgruppe entwickelte auf dieser Basis das Konzept UMSTIEG21+.

Das von der Politik des Gehörtwerdens konsequent ignorierte Konzept basiert in vielen Punkten auf ähnlichen Prämissen, wie das jetzt von der Stadt vorgestellte Gutachten, z.B. hinsichtlich der verlagerbaren Gütermengen und den technischen Fördersystemen. Das allerdings mit einer aus Spendengeldern finanzierten Studie und zu einem Bruchteil der Kosten des städtischen Gutachtens – wobei die städtischen Gutachter auf Vorarbeiten von Precht/Wilde zurückgreifen konnten.

Die vielen jetzt geplanten nicht hilfreichen aber milliardenteuren Zusatzprojekte und das nicht endende und letztlich S21-bedingte Verkehrschaos zeigen, dass das Projekt im Grunde längst gescheitert ist. Stuttgart21 steht einer städtischen Lösung des Logistikproblems im Weg. Eine Lösung des Problems der Verstopfung der Stadt mit Güterverkehr wird blockiert. Ein selbstkritisches Umdenken böte dagegen die einmalige Chance, das an sich sinnvolle Konzept unterirdischer Güterlogistik wirtschaftlich und klimagerecht umzusetzen.

UMSTIEG21 ist die ökologische Konversion von Stuttgart21 und die Plan B-Alternative zu S21!

Anbei: Von der Stadt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie Unterirdischer Warentransport in Stuttgart – Abschlusspräsentation

Kontakt: Norbert Bongartz 0711 698076, Werner Sauerborn 0171 320 980 1

Die Präsentation des Gutachtens und die PM des Aktionsbündnisses [hier](#).

Hierzu auch die ...

680. Montagsdemo am 16. Oktober 18 Uhr, Schlossplatz mit ...

- **Dr.-Ing. Hans-Jörg Jäkel**, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21, Ingenieure22
- **Dr. Norbert Bongartz**, Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21, zum Gutachten der Stadt zu U-Güterlogistik
- **Daniel Kartmann & Maher Alauwaj**, Percussion und Oud
- **Stefan Notter**, Parkschützer, Moderation

Danach: **Demozug** zur Mahnwache und Schwabenstreich

Davor: **Raddemo** 17.45h ab Feuersee – gesund + aktiv zur MoDemo!

Bahn räumt S21-Kostensteigerung auf 11.3 Mrd.€ ein

Kosten ohne Ende, Projekt ohne Ende

Toni Hofreiter muss hellseherische Fähigkeiten oder gute Infos gehabt haben, als er auf der 159. [MontagsDemo 2013](#) schon ankündigte, dass das Projekt 11,3 Mrd.€ erreichen und erst 2025 fertig würde, während die DB noch Projektkosten von maximal, wirklich maximal, 4,5 Mrd. € einräumte. Fertigstellung 2025 ist die derzeit offizielle Ansage der Bahn, wobei längst nur noch von Teileröffnung die Rede ist, und auch die steht noch in den Sternen.

Die erneuten Kostensteigerungen, wurden am Rande der zweiten Runde des Mammutprozess der DB gegen ihre Projektpartner Land BaWü, Stadt Stuttgart und Angehörige um die Mitbeteiligung an den nicht gedeckten Kosten des Projekts ([SWR -Beitrag vom 1.8.2023](#)) bekannt.

15. November, ab 10.30 Uhr Verwaltungsgericht Stuttgart

Nächste Runde im S21-Finanzierungsstreit

Heerscharen hochbezahlter Jurist*innen, bepackt mit unzähligen Anträgen in unzähligen Aktenordnern werden sich am 15. November wieder ein Stelldichein vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart geben um auszufechten, wer die ungedeckten Milliarden für das bisherige Stuttgart21 und alles was da noch kommt, aufgebürdet bekommen soll. Wenn die mitverantwortliche Stadt Stuttgart auch nur ein Drittel der mindestens 5 Mrd. € tragen müsste, würde wohl der Haushaltsnotstand ausgerufen werden müssen.

Die nächste Runde im Finanzierungsskandal findet statt am Mittwoch, 15. November 2023, ab 10.30 Uhr beim Verwaltungsgericht Stuttgart in der Augustenstraße 5. Zahlreiche Teilnahme erwünscht 😊.

Demo und Bündnis am Samstag, den 14.10.

Warum wir als Stuttgart21-Gegner*innen gegen Rechts sind

Der Widerstand gegen Stuttgart21 war schon immer mehr als der Kampf gegen einen unsinnigen Bahnhof. Er war und ist ein Kampf gegen profitorientierte Immobilienwirtschaft und menschliche Bedürfnisse ignorierende Stadtentwicklung. Er war und ist Kampf für Verkehrswende, Klimabahn und Klimaschutz - und immer auch gegen manipulativ gelenkte Demokratie und für die Verteidigung demokratischer Spielräume, also „für eine bessere Demokratie“.

Bürgerbewegungen, wie unsere gegen S21, brauchen demokratische Grundrechte, wie die Versammlungsfreiheit und das Recht der politischen Meinungsäußerung wie die Luft zum Atmen. Und sie brauchen eine *bessere* Demokratie, um ihre Anliegen wirkungsvoll vertreten zu können. Weil Rechtsentwicklungen diese Spielräume einschränken, gehört der Kampf gegen Rechts auf die Tagesordnung und die Bühnen des S21-Widerstands, so wie es [Joe Bauer auf der letzten, der 679. Montagsdemo](#) am 9.10., ausgedrückt hat:

„Schon in früheren Beiträgen auf Kundgebungen gegen Stuttgart 21 habe ich immer wieder auf die Feinde der Demokratie, auf die Bedrohung von rechts aufmerksam gemacht. Das gefiel nicht allen, und manchmal erhielt ich Mails mit dem freundlichen Hinweis, bei Stuttgart-21-Demos habe mein Antifa-Kram nichts zu suchen.

Das sehe ich anders. Jede Initiative, jede Bewegung, die sich für demokratische Rechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt, hat in meinen Augen die verdammte Pflicht, sich gegen die Angriffe auf die Demokratie zu wehren. Gegen die Rechtspopulisten, gegen die Völkischen, gegen die Nationalisten, gegen die Rassisten, gegen die Antisemiten, gegen die Nazis der Gegenwart. Und das heißt: Ein demokratisches Bündnis, wie dies hier gegen Stuttgart 21, muss naturgemäß auch antifaschistisch und antirassistisch sein.“

Deshalb ruft das Aktionsbündnis gegen Stuttgart21 mit vielen anderen Organisationen, kulturellen Institutionen und politischen Initiativen zu dieser Kundgebung auf mit anschließendem Offenen Treffen

**GEMEINSAM
GEGEN** • Für weitere Informationen
www.netzwerk-gegen-rechts.info
RECHTS
**FÜR EINE
BESSERE
DEMOKRATIE**
• Kundgebung am Sa. 14. Okt 23,
Stuttgarter Schlossplatz, Beginn: 14 Uhr
— Anschließend Offenes Treffen: 16 Uhr
im Württ. Kunstverein
GEMEINSAM

Mehr Infos hier: <https://www.netzwerk-gegen-rechts.info/>

Mit dabei

Hasko Weber



Auch Hasko Weber, Generalintendant des Weimarer Nationaltheaters, einst auch in Stuttgart Intendant, wird auf der Demo gegen Rechts reden und erklärt sich im Kontext-Interview. Auf die freche Frage von Gesa von Leesen, ob er in Weimar nicht genug zu tun habe mit den Rechten, antwortet Weber: „Ich habe gern zugesagt. Aus zwei Gründen: Zum einen fühle ich mich Stuttgart sehr verbunden, zum anderen ist es das Thema, das für uns alle wichtig ist. Da würde ich zwischen Weimar und Stuttgart keinen Unterschied machen“ Und: In einer Stadt, in der es innerhalb einer basisdemokratischen Bewegung um die Zukunft des Hauptbahnhofs ging, ist“ (der Anstieg von AfD und Rechts) „für viele eine düstere Überraschung gewesen.“

Das ganze Interview [hier](#).

Warmlaufen für die Gemeinderatswahlen 2024

Stuttgart 21 muss Wahlkampfthema werden!

Die nächsten Gemeinderatswahlen rücken näher. Termin ist der [9. Juni 2024](#). Die in der FrAKTION verbündeten Parteien werden in einen, wie das so schön heißt „demokratischen Wettbewerb“ treten. Von Grün bis nach Rechts wird da nicht viel zu S21 zu erwarten sein, vermutlich wird das Projekt, das die ganze Stadt auf den Kopf stellt, wie gewohnt totgeschwiegen. Man solle sich in sein Schicksal ergeben, allenfalls sei noch über Verbesserungen und Ergänzungen zu reden. Anders die Parteien der FrAktion, die in Sachen S21 weder stur geblieben noch umgefallen sind.

Spannend also, was sie im Wahlkampf zu S21 sagen werden.

[Hier](#) der erste Aufschlag von SÖS. Die vierteilige Reihe im Newsletter von SÖS („Nachricht der Woche“) eröffnet Bündnissprecher Dieter Reicherter. Roter Faden der Beiträge wird sein, verständlich zu machen, warum weiterer Widerstand gegen das Projekt sinnvoll bleibt, auch wenn Stuttgart21 / 1, also der ursprünglich Plan, fertig zu werden scheint. Diesmal also geht's um die Aussichten: „**Stuttgart21- Bauen ohne Ende**“.

Nicht weiter ins Klimadesaster!

FrAktion gegen Rosensteinbebauung

Uli Nagel schreibt dazu in der Stuttgarter Zeitung vom 9. Oktober: „*Das wohl wichtigste Städtebauprojekt in der jüngeren Geschichte der Landeshauptstadt steht am 17. Oktober auf der Tagesordnung des Ausschusses für Städtebau und Technik. An diesem Tag soll der Rahmenplan für Stuttgart-Rosenstein auf den Weg gebracht werden. Geht der neue Hauptbahnhof wie von der Deutschen Bahn geplant 2025 in Betrieb, werden 85 Hektar Gleisflächen frei, um einen nachhaltigen und klimagerechten neuen Stadtteil zu bauen. Geplant sind bis zu 5700 Wohneinheiten, 25 Kitas, sechs Schulen, etliche Wohn- und Pflegeheime sowie Angebote für Familien, Jugend und Menschen mit Behinderung. Die Beschlussvorlage ist mehr als 170 Seiten stark und soll Grundlage für die zu erstellenden Bebauungspläne sein...*

Bei allem Lob für die Arbeit der Architekten und Landschaftsplaner sowie Verständnis für Umsetzung und Qualitätskontrolle bleibt unsere Kritik am Rosensteinprojekt jedoch bestehen“, sagt Hannes Rockenbauch (SÖS). Die Bebauung des Rosenstein-Areals sei unter den Gesichtspunkten Klimaschutz, Artenschutz, Biodiversität und der dringend notwendigen Mobilitätswende eine Katastrophe. Die Stadt brauche das Personal, das heute am Rosenstein-Projekt plant, dringend an anderer Stelle.

"Stuttgart muss die Klimaanpassung meistern, die Wärmewende muss geplant und umgesetzt werden, die Verkehrswende endlich in Gang kommen - da sind solche großen Neubauprojekte vollkommen fehl am Platz", so der SÖS-Stadtrat, der ankündigt, dass das Fraktionsbündnis die FrAktion (SÖS, Die Linke, Tierschutzpartei, Piraten) nicht nur am 17. Oktober gegen den Rahmenplan stimmen werde, sondern mit weiteren Aktionen im kommenden Jahr seine Ablehnung und Kritik den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen und begründen wolle. Darunter sind öffentliche Infoveranstaltungen auf dem künftigen Baugelände, die sich mit den Themen Klima- und Artenschutz befassen werden.“

Immer erst danach

Ermittlungen wegen Rostwassereinleitungen

Das Muster ist bekannt: Rechtsbrüche werden ignoriert, wenn sie begangen werden. Wenn Fakten geschaffen sind, kommt die Ehrenrettung der Justiz, indem die Verstöße doch noch aufgegriffen werden. So bei den Polizeiübergriffen und der illegalen Rodung großer Teile des Schlossgartens 2010 – und jetzt bei der Einleitung von Rostwasser in den Schlossgarten.

Die blauen Rohre des Grundwassermanagements sind abgebaut und jetzt erst greift die Staatsanwaltschaft die längst bekannten Vorwürfe auf. Koordiniert vom Aktionsbündnis haben im August sechs Mitstreiter aus den Reihen des AB und der Ing22, darunter Dieter Reicherter und Hans Heydemann, Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des Grundwassermanagement, namentlich gegen die Firma Hölscher, gestellt.

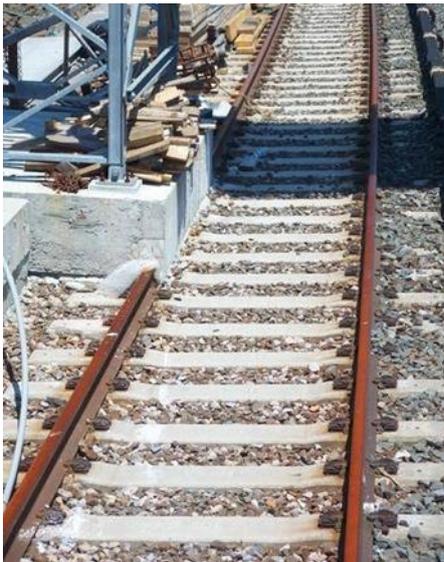
Am letzten Freitag gab die Staatsanwaltschaft auf Anfrage der Stuttgarter Zeitung bekannt, dass sie "ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen des Vorwurfs der Gewässer- und Bodenverunreinigung eingeleitet" habe. Darüber hinaus könnten "keine Einzelheiten zum Stand des Verfahrens mitgeteilt werden".

Christian Milankovic weiter: „Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21, das im August die Strafanzeige öffentlich gemacht hatte, glaubt, dass während des mehrjährigen Betriebs der GWM-Anlage "rund fünf Millionen Kubikmeter verunreinigtes Wasser in den Untergrund des Stuttgarter Heilquellenschutzgebietes beziehungsweise direkt in ein Fischschongebiet im Neckar eingeleitet" worden sei. Die Projektkritiker verweisen auf die Baugenehmigung, den sogenannten Planfeststellungsbeschluss. Dort sei festgeschrieben, dass korrosionsfeste Rohre eingesetzt werden müssten. Das sei aber "mit Wissen der beteiligten Behörden offensichtlich aus Kostengründen nicht umgesetzt worden".“

Dass ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, erfuhren Aktionsbündnis und Anzeigenerstatter aus der Zeitung.

„Die Anzeige hat auch die Linksfraktion im Gemeinderat auf den Plan gerufen“, schreibt Milankovic weiter, „Sie fordert eine "Übersicht über sämtliche seit Inbetriebnahme des GWM von städtischen Behörden entnommenen Wasserproben und der dazu gehörigen Laborbefunde". In ihrem Antrag sprechen die Stadträte von einem "Umweltskandal". Man wolle wissen, "welche Rolle die Verwaltungsspitze im Kontrollversagen rund um das Grundwassermanagement gespielt hat und welche Auswirkungen das rosthaltige Wasser auf die Qualität des Grund- und Mineralwassers sowie auf den Fischbestand im Neckar" habe.“

S21 und andere Schildbürgerstreiche



Es gäbe noch so viel mehr zu berichten und zitieren. Aber die Kappa! So nennen die Jungen das allgegenwärtige Problem mit der Zeit und den Kapazitäten – das auch wir haben.

& viele Grüße von Werner

Twitter: @WernerBorn_ auf dem Sprung weg von Elon Musk zu BlueSky: @WernerBorn.bsky.social